

und Scherz leben vom Datsch. In den Schulen wurde kein Unterricht mehr erteilt; die Volksschullehrer dort haben und fordern die Kinder zum Ungehorsam gegen die Eltern auf. Das Besorgungswesen blühe mehr denn je.

Gräuelhafte Einzelheiten über die Zustände in dem Teile Sibiriens, der nicht das Glück hatte, von deutschen Truppen besetzt und so vor den Greueln des bolschewistischen Chaos bewahrt zu werden, werden in dem zu Anfang erscheinenden letzten Blatt veröffentlicht. Danach herrscht in jenem Gebiete tatsächlich die Anarchie, welche die Rote Garde in Sibirien eingeführt hat und die, so scheint es, auf die gewaltsame Ausrottung aller deutschen Elemente in diesem Lande abzielt. Die Rote Garde übt eine Schreckensherrschaft. Sie besteht aus 17 bis 20-jährigen Burischen, zum größten Teil aus den dunkelsten Elementen. Diese haben sich der Gemeindeführer in fast allen Ortschaften bemächtigt und machen von dort aus die ganze Gegend unsicher. Sie gehen von Haus zu Haus und fragen nach Geld und Essen. Wer sich widersetzt, wird sofort erschossen.

Die Schreckensherrschaft der Roten Garde breitet sich ferner über den ganzen bisher unbefestigten Teil Sibiriens aus. Die meisten Posthalter sind von Haus und Hof verjagt. Die proletarischen Komitès herrschen. Die Hungersnot steht unmittelbar bevor, da die von den Gemeindeführern eingerichteten Verpflegungskomitees nicht viel ausholen können. Vielfach hat man schon die Strohdächer abgerissen und als Viehfutter verbraucht. In den Kirchen finden Langvergnügen der Roten Garde statt. Die Einwohner sind unbewaffnet und nicht organisiert. Widerstand ist daher unmöglich. Mit Ausnahme der Revolutionsäre erwartet in Sibirien alles mit Behutsamkeit das Eingreifen bewaffneter Mächte, von dem man die Befreiung des Landes erhofft.

Die wichtigsten Blätter veröffentlichten ausführliche Telegramme über die Schreckensherrschaft der Roten Garde in Finnland, welche die Lösung ausgegeben hat, alle Bürger über 12 Jahre zu töten, was sie an vielen Orten bereits systematisch ins Werk gesetzt hat. In Helsingfors hat die Rote Garde jetzt begonnen, auch Frauen und Kinder zu erwidern, die außerdem vielfach dem Hungertode preisgegeben sind. „Stockholms Dagbladet“ bringt neue Einzelheiten über die Schreckensherrschaft der Roten Garde in Finnland. Eine Schilderung eines dänischen Reizeurens, der soeben aus Helsingfors zurückgekehrt ist, besagt, die Russen in Südfinland erhalten ihre Befehle unmittelbar von Petersburg. Ihr Hauptplan scheint darauf ausgehen, die Bürgerlichen regelrecht auszuhungern, indem sie von Haus zu Haus gehen und alle Vorräte wegkloppen. „Denska Dagbladet“ meldet, daß in Helsingfors täglich ungeschätzte Märsche begangen werden.

Rußlands Revolutionsarmee gegen die Bolschewiki.
Siner Aufforderung des Generalsekretärs der Ukraine folgend, organisieren die vorläufigen Regierungen der russischen Randstaaten zurzeit eine Armee zur Verteidigung der Revolution, die aus heimischen Soldaten zusammengesetzt, die Interessen der Grenzgebiete gegen die von den Bolschewiki angeführte Rote Armee verteidigen soll. Nach zuverlässigen Meldungen von unterrichteter Stelle besteht der Plan, daß die Grenzgebiete einen Ring um Rußland bilden und dieses zunächst seine inneren Adern selbst ausheilen lassen mögen. Im Baltikumgebiet kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Ukrainern und bolschewistischen Truppen, die ihren Anspruch auf die neu zu bildende Armee erklärten hatten. Die Bolschewiki, die die Stadt Orenburg bedrohten, erlitten bei Kommandant Sergiewskoi eine blutige Niederlage. Mehrere tausend ertranken im Samarskafluß.

Eine Offiziersverschwörung gegen Lenin.
Die Petersburger Telegr.-Agentur meldet: Es wurde eine Offiziersverschwörung aufgedeckt, die den Zweck hatte, Lenin auszuheben und ihn als Geisel zu gebrauchen. In der Behausung der Organisation wurden Armesoldaten und geladene Handgranaten gefunden.

Die Verhandlungen mit Rumänien.

Rumänien's Friedensbedingungen.
Wiener Blätter melden: Seit Dienstag werden in Florenz Verhandlungen zwischen den Delegierten der Zentralmächte und Rumänien geführt. Rumänien hat vier Punkte aufgestellt:
1. Die Mittelmächte erkennen die Souveränität Rumänien an.
2. Die Frage der Dynastie wird dem Lande Rumänien selbst überlassen.
3. Rumänien tritt die Dobrußa ab.
4. Die Zentralmächte sichern ihre wohlwollende Unterstützung in der Angelegenheit Beharabiens zu.
In politischen Kreisen verlautet, daß die Verhandlungen günstig stehen. Dazu meldet das Korrespondenzbüro aus Bukarest: Nach zahlreichen Nachrichten aus Jassy hat General Woerescu sein Kabinett noch nicht vollständig gebildet. Die Grundlage der neuen Regierung ist der Friede mit den Mittelmächten.

Diese Meldung Wiener Blätter geben wir mit dem Vorbehalt wieder, der gegenüber dem in den letzten Tagen geoffenbarten Friedensoptimismus in Oesterreich-Ungarn geboten ist. Sicher ist nur die Tatsache, daß verhandelt wird. (D. M.)

Neue erfolgreiche Angriffe deutscher Seestreitkräfte.

Im englischen Normalkanal.
Der Chef des deutschen Admiralstabes meldet: Erstens: In der Nacht vom 16. zum 17. Februar führten wiederum leichte deutsche Seestreitkräfte einen Streifzug im östlichen Teile des Normalkanals durch. Eine bliesige und

strenge Bewachung in der Straße von Dover, Calais und in der Ärmelkanal-Gründung — Falkstone war nicht mehr vorhanden, nur vor Dover wurde ein Vorposten-Dampfer angetroffen und durch Geschützfeuer versenkt. Unsere Streitkräfte sind ohne Zwischenfall zurückgekehrt. Zweitens: Am 16. Februar griffen unsere Flugzeuge in den sibirischen Hoofden englische Wasserflugboote an, die einen von England nach Rotterdam fahrenden Geleitzug begleiteten. Eines der Flugboote wurde durch Oberleutnant z. S. Christianen brennend zum Abbruch gebracht. Drittens: Auf dem nördlichen Kriegsschiffauftrag wurden von unseren U-Booten sechs Dampfer versenkt, darunter zwei mittelgroße Tankdampfer, die unter der englischen Ostküste.

Künftige englische Verichte.
Aus London wird gemeldet: Ueber den schon am Sonnabend gemeldeten Ueberfall im Englischen Kanal gibt die Admiralität amtlich bekannt: In der Nacht vom 14. zum 15. Februar um 1 Uhr hat eine feindliche Flotille von Torpedojägern einen kurzen Streifzug auf Dover gemacht. Ein Fischdampfer und sieben Motorboote wurden versenkt. Die feindlichen Torpedojäger schritten schnell in nördlicher Richtung zurück, ehe es unseren Streitkräften gelang, sie zu fassen. Eine nichtamtliche Meldung aus Dover besagt: Heute früh hat im Kanal ein Zusammenstoß zwischen deutschen und englischen Seestreitkräften stattgefunden. Es war noch stockfinster, als schwerer Kanonendonner westlich Dover vernommen wurde, der etwa 1/2 Stunde dauerte. Heute morgen sind die ersten britischen Toten an Land gebracht worden. Nach kurzem, heftigem Feuer fuhr die feindliche Flotte den Kanal weiter hinauf. In östlicher Richtung wurde kein Kanonendonner wahrgenommen.

Eine neue Kundgebung der Polen.

Die Kundgebung des Regimentskorporates.
Die über die Zuteilung des Gebietes von Cholm an die Ukraine erregten Gemüter der Polen haben sich noch nicht beruhigt. Wie aus Warschau berichtet wird, veröffentlichten die polnischen Zeitungen einen Aufruf des Regimentskorporates an die polnische Nation. Dieser Aufruf hebt hervor, daß die Zentralmächte die Selbstständigkeit Polens garantiert und dem polnischen Staat Freundschaft, Hilfe und Mitarbeit versprochen haben. Dessen ungeachtet haben sie die Vertretung Polens zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk nicht zugelassen und den Frieden mit der Ukraine mit einer polnischen Provinz erkaufte, deren Majorität polnisch und katholisch ist und die nach ihrem Willen gar nicht gefragt worden ist. Die Zweikaiserkräfte (aber die Errichtung des polnischen Staates) hätten dadurch ihre eigentliche Bedeutung ein. „Vor Gott und vor der Welt, vor den Menschen und vor dem Tribunal der Geschichte, vor dem deutschen Volke und vor den Völkern Oesterreich-Ungarns erhebt der Regimentsrat seinen Protest gegen die neue Teilung Polens und spricht ihr seine Anerkennung ab und brandmarkt sie als einen Vergewaltigungsakt. Dem Willen der Nation Rechnung tragend verbleibt der Regimentsrat im Amt, um das polnische Schul- und Gerichtswesen zu behüten und den Nachfolgern die Idee des nicht verletzten Vaterlandes zu überliefern.“

Das Gesamtministerium veröffentlicht in den Zeitungen den motivierten Bericht über den Rücktritt und mahnt das Volk zur Einigkeit und zur Sammlung um den Regimentsrat. In einer feierlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in Warschau wurde ein Protest einstimmig angenommen. „Die polnische Nation“, so heißt es hier, „wird im Namen des Selbstbestimmungsrechts gestiftet auf die Hilfe aller Völker sämtliche Kräfte anstrengen, um diesen Schlag abzuwehren, und wird nicht müde werden im Kampfe um den unabhängigen geinten polnischen Staat.“

Die österreichischen Polen.

Aus Wien wird gemeldet: Vom Minister des Neuherrn Graf Czernin ist an die zwei polnischen Delegationsmitglieder eine Einladung zur Besprechung ergangen. Beide haben abgelehnt. Die Regierung hat die Resolution beider polnischen Klubs und das Manifest an das polnische Volk konfigliert.

Preußen und die Polen.

Wie der „Vorwärts“ erfahren haben will, hätte das preussische Staatsministerium kürzlich einstimmig einen Beschluß gefaßt, der sich mit größter Entschiedenheit gegen eine Erweiterung des von Polen bewohnten Staats- und Reichsgebietes ausspricht.

Das Todesurteil gegen Bolo.

Bolo ein Opfer politischen Fanatismus.
Von der Verurteilung von Bolo Pascha in Warschau zum Tode haben wir bereits Mitteilung gemacht. Bolo Pascha war bekanntlich angeklagt, 20 Millionen deutscher Gelder angezogen zu haben, um damit einflussreiche Pariser Blätter für einen Frieden mit Deutschland zu gewinnen. Dazu schreibt nun die „Frankf. Zig.“: Bolo's Prozeß war kein Rechtsstreit, sondern eine politische Machtsfrage. Die Regierung wollte dartun, daß niemand, wer es auch sei, gesichert werden soll, der auch nur im Verdachte steht, an die Möglichkeit eines Friedens mit Deutschland zu denken. Ein solcher Verdacht war auf Bolo gefallen; er war denunziert worden von einem Revolutionsjournalisten, der durch ihn den Senator Humbert treffen wollte. Von diesem Augenblicke an war das Todesurteil Bolo's unabwehrbar. Bolo stand mit dem Präsidenten Poincare und den meisten Ministern der letzten Jahre in persönlichen Beziehungen. Er beschützte sogar den Rabbiner des gegenwärtigen Vizepräsidenten Clemenceau. Der Minister des Auswärtigen sollte ihm diplomatische Hilfe aus. Hätte er wirklich Mißbrauch getrieben, so hätten alle diese Personen mindestens sagelässig gehandelt, was Bolo hätte mit-

bernde Umstände verdient. Aber das Kriegsgericht hätte ihm deshalb nicht gewährt, weil der Regierungsfornasser nicht den Mut gehabt hat, sie zu beantragen, und der Kommissar hat sie nicht beantragt, weil es der Hoheit der Regierung Clemenceau den Todesstoß verlegt hätte, wenn er das Todesurteil nicht verhängt hätte. Vielleicht rechnet Bolo jetzt mit Rücksicht auf seine persönlichen Beziehungen zum Präsidenten Poincare auf seine Begnadigung. Auch diese Hoffnung wird enttäuscht werden. Denn gerade weil Poincare, wie das Beugendenheft ergeben hat, Bolo persönlich kannte und ihn selbst empfahl, gerade weil er mindestens fahrlässigerweise sein angebliches Verbrechen gefördert hat, wird er erst recht nicht den Mut haben, Bolo zu begnadigen. Das Volk von Paris wird also die Begnadigung der Erschießung Bolo's in den Bestingraben von Vincennes erleben. Das wird es aber nicht abhalten, am Tage nach der Hinrichtung dem Präsidenten Poincare und seiner politischen Umgebung seine ganze Verachtung zu zeigen.

Selbstmord Bolo's?

Aus Paris wird das Gerücht verbreitet, Bolo Pascha habe am Sonnabend durch Gift Selbstmord verübt.

Der Reichshaushaltsplan für 1918.

6 Milliarden für Verzinsung der Kriegsschuld.
In den Vorbemerkungen zu dem Ueberblick über den Reichshaushaltsentwurf für 1918 heißt es:
Die Kriegsverhältnisse machen, wie im Vorjahre, eine zuverlässige Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben des Rechnungsjahres 1918 unmöglich. Es sind deshalb, wie für 1917, im allgemeinen die Rückschlüsse des letzten Friedensanschlags übernommen worden, wobei diejenigen Veränderungen und Ergänzungen berücksichtigt sind, welche durch Betablauf und durch andere in ihrer Wirkung feststehende Tatsachen bedingt werden. Die wesentlichen dieser Veränderungen betrifft die ordentlichen Ausgaben für die Reichsschuld, insbesondere für deren Verzinsung und Tilgung, entsprechend dem Verfahren im Haushaltsplan für 1917, mit dem tatsächlich erforderlichen Betrag in Höhe von rund 5008 Millionen Mark ersehen. Zur Deckung der Einnahmen aus den bisherigen Kriegssteuern nicht aus. Der fehlende Betrag von 2875 000 000 Mark wird aus den Kriegssteuern gedeckt werden. Die entsprechenden Vorlagen werden dem Reichstag demnächst zugehen. — Bei den Einnahmen sind im Haushaltsplan der allgemeinen Finanzverwaltung die 1917 mit 1250 Mill. Mark angelegten Kriegssteuern im einzelnen veranschlagt worden, und zwar der Prachturkundensteuer mit einem Mehr von 54 500 000 Mark, die Abgaben von Personen und Güterverkehrs mit 127 400 000 Mark und 140 000 000 Mark, die Kohlensteuer mit 405 000 000 Mark. Weggefallen ist die Steuerabgabe von Personenscheinen mit 29 520 000 Mark und der einmalig erhobene Zuschlag zur außerordentlichen Kriegsabgabe.

Der ordentliche Haushalt schließt in Einnahme und Ausgabe mit 7 332 899 806 Mark, gegen 4 491 876 000 Mark im Vorjahre. Die Beilegerung ist in der Hauptsache auf das Anwachsen der für die Verzinsung der Reichsschuld erforderlichen Summen von 2 561 612 248 Mark auf 5 007 578 249 Mark zurückzuführen. Die Einnahmen aus den Kriegssteuern steigen von 1250 Millionen Mark auf 2 875 Millionen Mark. Der außerordentliche Haushalt setzt mit 108 068 323 Mark Einnahmen und 426 068 323 Mark Ausgaben einen Nettobetrag von 318 Millionen Mark, der durch Einleihe aufzubringen ist.

Keine politische Meldungen.

Die ausserordentlichen Vertretungen Sachsens. Die Sachsischen zweite Kammer beschloß in der vorigen Woche einen Konventionen Antrag über den weiteren Ausbau der ausserordentlichen Vertretung Sachsens. Graf Bismarck begrüßte den Antrag äußerst sympathisch. Ein Ausbau der sachsischen Vertretungen durch Vertretung von Wirtschaftskreis nach Berlin, München und Wien sei ebenso notwendig wie die Berücksichtigung von Besondereinheiten im Ausland. Demnach müsse man die Entscheidung abwarten. Die Nationalversammlung, die Reichsminister und Sozialdemokraten blieben dem Antrag gegenüber sehr reserviert.

Durchführung der Beschlüsse des Reichstages auf Paris. Kürzlich des deutschen Botschafters auf Paris in der Nacht zum 21. Januar protestiert der Reichstag von Paris namens der Grundzüge der Reichsregierung gegen den Ausbruch dieser Art, die es darobische Handlungen und wahrhafte Worte ohne militärischen Nutzen nennt. Er erklärt sich in vollkommener Übereinstimmung mit dem Heiligen Vater, der schon wiederholt Klagen über diese Art gemeldet hat. — Die französische Festung Paris wurde nach mehrfachen wiederholter Warnung als Strafe für die zahlreichen feindlichen Fliegerangriffe auf offene deutsche Städte, denen zum Beispiel in Antwerpen weit über 100 Häuser zum Opfer fielen, angegriffen. Die Bestrafung der militärischen Bedeutung der Angriffe auf Paris kann den militärischen Sachverständigen überlassen bleiben. Der militärische Erfolg auf die Festung Paris war ein durchschlagender. An militärisch wichtigen Zielen wurden u. a. mehrere Untergrundbahnhöfe, Eisenanlagen der Vorbahnhöfe, Gasometer, Munitionslager, Werkstätten- und Stofflager, eine Großfabrik und Lagerhäuser beschädigt bzw. zerstört.

Deutsches fünfjähriges Militärjubiläum. Der ehemalige Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika, Generalmajor a. D. von Deutwein feiert am Sonntag sein fünfjähriges Militärjubiläum. Seit seinem Übertritt in den Ruhestand, am 10. August 1908, hat General von Deutwein in Ueberlingen am Bodensee, Theodor von Deutwein II am 9. Mai 1849 in Strumpfbromm in Bayern geboren. 1869 trat er in den Rang eines Majors in den Kolonialdienst über und wurde 1895 Kommandeur der deutschen Schutztruppe in Kamerun. Nach im selben Jahre wurde er Oberhauptmann und 1898 Gouverneur der Kolonie. Von seinen kolonialen Taten sind hervorzuheben die Abwehrung des Aufstandes der Herero im Jahre 1894, die Unterdrückung des Hereroaufstandes von 1904 und die Überwindung der auffälligen Dorselgewalt im Jahre 1908. Am 22. April 1908 wurde Deutwein als Generalmajor 4. Klasse der Schutztruppe gestellt; bald darauf trat er in den Ruhestand über. Beförderung des sächsischen Obersten Genfisch. In Mustafeli wurde am Sonnabend unter größter Anteilnahme der dortigen Militär- und Zivilbehörden der im 48. Lebensjahre an der Folgen einer Operation verstorbenen Generalleutnants der Militärverwaltung, sächsischer Oberst Genfisch, auf dem Soldatenfriedhof beigesetzt. In dem Trauergefolge befanden sich Prinz Christian als Vertreter des Königs von Sachsen, Generalleutnant von Wradenow usw. Die rumänischen Blätter widmen dem Verstorbenen als großen